



### 3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

### 4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2020 wird mit 3 Enthaltungen der Stadträte und von den sachkundigen Einwohner bestätigt.

### 5. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2020ff.

(ab jetzt anwesend Hr. Schmoranzer, Hr. Wolter – 12 Stadträte)

Herr Bischoff erläutert die Entwicklungen des Haushaltsplanes.

Wiederholt macht Herr Rauner deutlich, dass der Haushaltsplan unstrittig ist. Nach aktuellen Entwicklungen im Landtag ist ein Haushaltskonsolidierungskonzept nicht mehr nötig.

Herr Klitzschmüller ist darüber verwundert, dass keine Anpassung des Stellenplanes vorliegt. Ergänzend meint Herr Rauner, dass im Hauptausschuss die Forderungen zum Stellenplan explizit genannt wurden. Es kann kein Problem sein, diese Änderungen nun zeitnah vorzunehmen.

Herr Günther fragt an, ob es Änderungen im Investitionsplan gab. Es sind insoweit Korrekturen eingearbeitet, dass mehrere Maßnahmen in Folgejahre verschoben wurden. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung konnten die Maßnahmen in diesem Jahr nicht wie geplant beginnen.

#### Beschlussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die vorliegende Haushaltssatzung 2020 mit Haushaltsplan zu beschließen.

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 9	dagegen: 0	Enthaltung: 3
Sachkundige Einwohner	dafür: 1	dagegen: 1	Enthaltung: 1

### 6. Antrag Stadtrat Martin Papke Flächendeckendes Quartiersmanagement für die Stadt Weißenfels und ihre Ortschaften

Herr Papke begründet seinen Antrag. Die Probleme müssen in allen Quartieren angegangen werden. Es sind Schwerpunkte zu setzen, jedoch werden die städtischen Probleme in den nächsten Jahren auch in anderen Quartieren auftreten. Es bedarf klaren Strukturen, beispielsweise einem Ansprechpartner mit Verbindung zur Verwaltung und hauptamtlichen „Kümmerern“. Es sind Experten vor Ort einzubeziehen, welche auch hauptamtlich tätig werden. Ein zweites Zentrum in einer zu Stadt zu errichten, wird als schwierig gesehen.

Herr Rauner meint, dass auch Ortsteile Beachtung finden müssen. Im Augenblick ist jedoch die Neustadt Schwerpunkt.

Herr Trauer führt zu den vielschichtigen Themen im Stadtgebiet umfangreich aus. Die Verwaltung ist vom Grundsatz her dankbar, dass dieses Thema durch die Stadträte aufgegriffen wird. Jedoch sollte man die Schwerpunkte und Prioritäten genau betrachten. Zu den alltäglichen Problemen gehören starke Vermüllung im Stadtgebiet, aber auch in den privaten Hinterhöfen,

Abstellen und teilweise Ansammeln von PKW's, unzureichende Beschriftung der Briefkästen, Unstimmigkeiten in der Meldedatei und das Ignorieren der Schulpflicht. Es ist zu hinterfragen, ob die genannten Probleme nur auf soziale oder auch auf städtebauliche Probleme (massiver Leerstand) zurück zu führen sind.

In einer neuen Bibliothek kann das Zusammenbringen von Menschen ebenfalls erfolgen, meint Herr Klitzschmüller. Mit eventuell neuen Standort im Novalishaus- Hinterhaus wäre diese Begegnungsstätte nur 15 Minuten von der Neustadt entfernt und würde dieselben Aufgaben übernehmen.

Herr Schmoranzer warnt vor einer Ghettoisierung und befürwortet eine dezentrale Unterbringung. Die Probleme würden sich dann verteilen und sind eher beherrschbar, als in Ghettos.

Zum Abstellen von PKWs möchte Herr Spiegelberg wissen, wie viele PKWs sich angesammelt haben.

Die Verwaltung lagert derzeit ca. 20 Fahrzeuge auf einer extra dafür angemieteten Fläche. Zumeist werden diese später entsorgt.

Herr Wanzke sieht das Leuchtturmprojekt Filmeck kritisch. Bei dem wechselnden Personenkreis der Arbeiter bei Tönnies ist eine Integration schwierig.

Mit Änderung der Gesetzeslage zu Werkvertragsarbeitern ist jetzt der richtige Zeitpunkt um die Situation später zu beherrschen, meint Herr Rauner.

Herr Dr. Homagk sieht durchaus die vorhandenen Strukturen und Netzwerke der Verwaltung. Eines Antrages bedarf es daher aus seiner Sicht nicht. Wichtiger ist es, die bisherigen Bemühungen gemeinsam zu unterstützen.

Die Integration kann nur über die Kinder erreicht werden, erklärt Herr Patzschke. Es ist zu überlegen, wie die Kinder bereits in den Schulen und Kindergärten besser eingebunden werden können.

Abschließend macht Herr Papke noch einmal auf die dezentrale Lösung aufmerksam. Auch eine Bibliothek kann dann einer von mehreren Standorten sein. Eigene Satzungen für Stadtteile könnten ebenfalls ein Instrument darstellen. Die personelle Aufstockung des Ordnungsamtes ist unstrittig.

### Beschlussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die Verwaltung mit folgenden Punkten zu beauftragen:

1. eine Ausschreibung an soziale Träger für ein flächendeckendes Quartiersprogramm/ Management der Stadt Weißenfels mit ihren Ortschaften vorzunehmen.
2. Der Stadtteil Neustadt ist als erstes Projektquartier in den Fokus zu nehmen.
3. Fördermittelkulissen sind durch die Verwaltung zu klären.
4. Eigenmittel sind aus der Vergleichssummen des Abwasserstreits – die für die Neustadt festgeschrieben sind – zu entnehmen.
5. In der Ausschreibung selbst ist festzuhalten, dass dem jeweiligen Träger in der Konzeptionsbeschreibung Freiraum gegeben wird, welche Schwerpunkte sie weiter in der Neustadt, aber vor allem auch perspektivisch für andere Stadtteile und Ortschaften sieht.
6. In der Quartiersprogrammausschreibung sind folgende vom Stadtrat festgesetzte Handlungsfelder in jedem Fall mit einzufließen, die in dem Quartierprogrammkonzept des jeweiligen Trägers zu beschreiben sind:
  - a. Schwerpunktplätze im Stadtbild des Alkoholkonsums
  - b. willkürliche Müllentsorgung
  - c. Verwahrlosung und Vermüllung von Hinterhöfen
  - d. Nachbarschaftsprojekte
  - e. Errichtung von Beschwerdemanagement im sozialen Raum

Zusammenarbeit mit Polizei, Zoll, Ordnungsamt und Feuerwehr in folgenden Bereichen:

- a. Jugendbanden/ Clanbildung
- b. Prostitution
- c. Drogenhandel/ Drogenkonsum

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 10	dagegen: 1	Enthaltung: 1
Sachkundige Einwohner	dafür: 3	dagegen: 0	Enthaltung: 0

## **7. Antrag Stadtrat Danny Schilling Einrichten einer Tempo-30-Zone**

Das Anhörungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Es wird ungeachtet dessen Gespräche mit dem Burgenlandkreis geben, weshalb das Wenden auf dem Gelände nicht möglich ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zurück. Die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens sind anschließend vorzustellen.

Die Verwaltung verweist darauf, dass die Entscheidung nicht in Zuständigkeit des Stadtrates fällt.

## **8. Beantwortung von Anfragen**

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Nachfragen zur Änderung der Entwicklungsziele im Röntgenweg

## **9. Mitteilungen und Anfragen**

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen im öffentlichen Teil vor.

Manfred Rauner  
Vorsitzender

Anja Bechmann  
Protokollführerin